

NACHRICHTEN

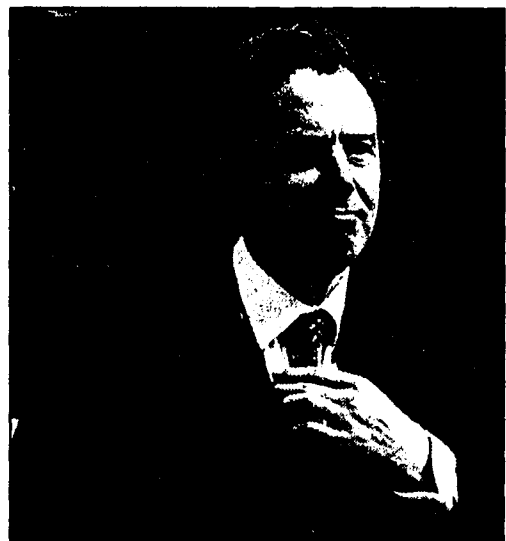
Arme Länder nicht vergessen

WASHINGTON: Weltbank-Präsident James Wolfensohn hat an die Oberhäupter der acht grossen Industriestaaten appelliert. Er will, dass die Globalisierung stärker zur Bekämpfung von Armut und Krankheit eingesetzt wird. Eine Welt, in der die Reichen immer reicher und die armen Länder vernachlässigt würden, könne niemals sicher und stabil sein, schrieb Wolfensohn im Vorfeld des G-8-Treffens in Japan. Mehr Hilfe, grössere Entschuldung, Teilen von Erfahrung und Marktzugang seien wichtige Beiträge der Industriestaaten zur Entwicklung ärmerer Länder. Wolfensohn richtete sein gestern veröffentlichtes Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der USA, Japans, Deutschlands, Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens, Kanadas und Russlands, die sich zum jährlichen G-8-Gipfel treffen.

Griechenland: Regierung setzt sich durch

ATHEN: Ungeachtet des Protests der griechisch-orthodoxen Kirche hat die Regierung in Athen am Montag formell beschlossen, den Hinweis auf die Religionszugehörigkeit in den Personalausweisen zu streichen. Ein entsprechendes Dekret unterzeichneten die Minister für öffentliche Ordnung und Finanzen, Mihalis Chrisohoidis und Giorgos Dris. Mit der Streichung des Religionsvermerks soll dem Datenschutz Rechnung getragen werden. Bürgerrechtsgruppen und Mitglieder religiöser Minderheiten haben dies ausdrücklich befürwortet. Für die Anhänger der orthodoxen Kirche – 97 Prozent der Griechen sind orthodox getauft – ist der Eintrag im Personalausweis dagegen ein wichtiges Symbol. Kirchenführer fürchten nun weitere Schritte in Richtung einer formalen Trennung zwischen Staat und Kirche. In den vergangenen Wochen war es zu mehreren Protestkundgebungen gekommen, zu denen die orthodoxe Kirche aufgerufen hatte. Die neuen Personalausweise enthalten künftig auch nicht mehr die Fingerabdrücke der Ausweisinhaber.

Aufregung in Downing Street



LONDON: Die Veröffentlichung eines streng vertraulichen Papiers des britischen Premierministers Tony Blair (Bild), in dem dieser den Image-Verlust seiner Regierung beklagt, hat für Aufregung in seinem Amtssitz gesorgt. Interne Ermittler und die Polizei bemühten sich, die undichte Stelle in der nächsten Umgebung des Regierungschefs zu finden. Fast alle britischen Medien berichteten am Montag über das brisante Papier. In dem Memorandum, offensichtlich von Blair eigenhändig verfasst, schreibt der Premierminister, die Bevölkerung glaube, die Labour-Regierung habe «den Kontakt zu den innersten britischen Gefühlen verloren». Er forderte seine Mitarbeiter auf, medienwirksame Aktionen zu entwickeln, mit denen der Bevölkerung wieder das Gefühl gegeben werden könne, dass die Regierung «auf Seiten des einfachen Mannes» sei. Bei der Verbrechensbekämpfung müsse man «harte Massnahmen» betonen, beispielsweise Strassendiebe einsperren. Wichtig sei, dass er persönlich mit solchen Massnahmen in Verbindung gebracht werde. Der konservative Oppositionsführer William Hague sah in dem Papier den letzten noch fehlenden Beweis für seine Behauptung, der Regierung gehe es nicht um die Substanz ihrer Politik, sondern lediglich um das äussere Erscheinungsbild und den Erfolg bei den nächsten Wahlen. Diese werden vermutlich in der ersten Jahreshälfte 2001 stattfinden. Das Papier war Ende April auf einem mittlerweile noch unterbotenen Tiefpunkt der Popularität von Blair geschrieben und nur dem engsten Kreis seiner Vertrauten zugänglich.

Entscheidende Phase

Camp-David-Gipfel: Delegationen geraten unter Druck aus der Heimat

CAMP DAVID: Der Nahost-Gipfel von Camp David ist am Montag in seine entscheidende Phase getreten. Bis Dienstagabend soll sich bei den Verhandlungen auf dem Landsitz bei Washington zeigen, ob Israelis und Palästinenser bald ein Friedensabkommen schliessen können.

US-Präsident Bill Clinton, der zwischen beiden Seiten vermittelt, bekräftigte das Ziel, bis zu seinem Abflug zum G-8-Gipfel nach Japan am Mittwochmorgen ein Ergebnis zu erreichen. «Ich werde mein Bestes tun», sagte er in einem am Montag veröffentlichten Interview der Zeitung «Daily News». In diesem Sinne haben Clinton und amerikanische Diplomaten bereits seit Sonntag den Druck auf die Verhandlungsparteien erhöht.

Nach den Worten Clintons hat es in den seit fast einer Woche dauernden Verhandlungen des israelischen Regierungschefs Ehud Barak mit seinem palästinensischen Gegenpart Jassir Arafat «einige Fortschritte» gegeben. Er sei zuversichtlicher als zu Beginn des Gipfels, sagte der Präsident.

Nach Ansicht führender israeli-



Diese Aufnahme wurde im Weissen Haus realisiert. US-Präsident Bill Clinton empfing den Palästinenserführer Jassir Arafat (rechts) zu einem Gespräch.

schier Politiker sind die Verhandlungspartner allerdings noch weit von einem Vertragsabschluss entfernt. Nach einem Telefongespräch mit Barak sagte Parlamentspräsident Avraham Burg am Montag: «Barak ist nicht gerade optimistisch. Die Vorschläge, die bisher auf dem Tisch liegen, genügen noch

nicht, um eine Entscheidung zu erzwingen.»

Burg sagte im israelischen Radio, er glaube nicht, dass das Gipfeltreffen bis Mittwoch abgeschlossen werden kann. «Vielleicht kommt es zu einem Durchbruch, vielleicht wird sich etwas bewegen, aber man wird mehr als zwei Tage brauchen,

um (den Vertrag) abzuschliessen. Es scheint, als seien Palästinenser und Israelis sich bei den fundamentalen Fragen wie Jerusalem, den Flüchtlingen und den Grenzen niemals näher gewesen als jetzt und doch noch weit auseinander.»

Die radikal-islamische Organisation Hamas kündigte an, ein endgültiges Friedensabkommen von Israel mit den Palästinensern nicht anzuerkennen. Ihr Gründer, Scheich Ahmed Jassin, forderte die palästinensischen Unterhändler auf, das Treffen zu verlassen. Das palästinensische Volk habe nur die Möglichkeit, den Kampf fortzusetzen.

«Mein Gott, es ist wirklich schwierig», sagte Clinton in dem vom Weissen Haus auszugeweise am späten Sonntagabend (Ortszeit) vorab veröffentlichten Gespräch, mit dem er erstmals die von den Delegationen vereinbarte Nachrichtensperre durchbrach.

Es sei das schwierigste Verhandlungsproblem, mit dem er je konfrontiert gewesen sei – schwieriger als frühere Nahostgespräche oder die Vereinbarungen für Nordirland oder Bosnien. «Wir können es schaffen – aber ich weiss es nicht.» Eine Vereinbarung sei noch nicht in Reichweite, sagte Clinton, «aber wir schlagen uns durch.»

Putin erstmals als Präsident in China

Offizieller Staatsbesuch: Strategische Partnerschaft zwischen Russland und China geplant

PEKING: Der russische Präsident Wladimir Putin ist am Montag zu seinem ersten offiziellen Staatsbesuch in China eingetroffen. Heute wird er in Peking mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Jiang Zemin zusammentreffen.

Russland und China wollen eine strategische Partnerschaft aufbauen und gemeinsam ihren Widerstand gegen die US-Pläne für ein nationales Raketenabwehrschild (NMD) bekräftigen.

Putin und Jiang Zemin wollen in einer gemeinsamen Erklärung die Einhaltung des ABM-Vertrages von 1972 zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen fordern. ABM werde in dem Dokument als «Grundlage des heutigen Kräftegleichgewichts und der Stabilität in der Welt» bezeichnet, verlautete am Montag aus der chinesischen Botschaft in Moskau.

Gute Perspektiven

Die gemeinsame Erklärung sei

die konkrete Umsetzung der «strategischen Partnerschaft» beider Länder, meldete die Nachrichtenagentur Itar-Tass weiter. Der stellvertretende russische Generalstabschef Waleri Manilow sah in dem China-Besuch Putins auch «hervorragende Perspektiven» für militärtechnische Zusammenarbeit beider Atomkräfte.

Zusammenarbeit

Während Putins Besuch in China soll ausserdem über die wirtschaftli-

che Zusammenarbeit der beiden Länder gesprochen werden. China gehört zu den Hauptabnehmern russischen Öls. Russland möchte vor allem den Export von Gas nach China erhöhen. Die einst verfeindeten Nachbarstaaten haben sich im vergangenen Jahrzehnt stetig angenähert. Am Mittwoch reist Putin weiter in das kommunistische Nordkorea. Am Freitag nimmt er am Gipfeltreffen der sieben führenden Industrienationen und Russlands (G-8) im japanischen Okinawa teil.

Grünes Licht für Entschädigung

Zwangsarbeiter-Entschädigung: Abschlussdokumente unterzeichnet

BERLIN: 55 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist der Weg für eine Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter durch Deutschland frei. Nach eineinhalbjährigen Verhandlungen wurden am Montag in Berlin die Abschlussdokumente unterzeichnet.

Die ersten Gelder an die etwa 1,5 Millionen Überlebenden sollen noch in diesem Jahr fließen. Zuständig für die Abwicklung ist die Stiftung «Erinnerung, Verantwortung und Zukunft». Sie erhält vom deutschen Staat und der Wirtschaft insgesamt zehn Milliarden Mark.

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach von einer «humanitären Geste». «Ein letztes, noch offenes Kapitel der NS-Vergangenheit» könne nun geschlossen werden. Sein Beauftragter Otto Graf Lambsdorff sagte, der jetzt gelungene «finanzielle Schlussstrich» sei kein Abschluss unter die deutsche Vergangenheit.

US-Unterhändler Stuart Eizenstat begrüsst, dass sich Deutschland seiner historischen Verantwortung gestellt habe. «Herr Bundeskanzler, Sie haben ein Beispiel gesetzt für das 21. Jahrhundert», sagte er. Der Präsident der Jewish Claims Conference, Rabbi Israel Miller, sprach von einem «historischen Tag».

Unterzeichner der Abschlusserklärung waren die deutsche und die



Händeschütteln zwischen dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder (rechts) und dem US-Unterhändler Stuart Eizenstat.

US-Regierung sowie die Vertreter Polens, Russlands, der Tschechischen Republik, der Ukraine, Weissrusslands, Israels, der Jewish Claims Conference sowie der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. Auch die beteiligten US-Anwälte unterzeichneten das Dokument.

Schröder sagte, die Stiftung werde bis Ende Juli gegründet. Dann müsse sich das Kuratorium konstituieren. Voraussetzung für erste Zahlungen ist dann noch, dass die in

den USA bereits eingereichten Entschädigungsklagen gegen deutsche Firmen zurückgezogen werden.

Die deutsche Wirtschaft hat ihren zugesagten Beitrag von fünf Milliarden Mark allerdings bislang noch nicht aufgebracht. Es fehlen noch knapp zwei Milliarden Mark. Schröder appellierte an die Firmen, die zugesagten fünf Milliarden aufzubringen. Der deutsche Staat werde seinen Beitrag in diesem Jahr in zwei Tranchen bezahlen.

Etikettierungspflicht für Rindfleisch

BRÜSEL: Vor dem Hintergrund neuer Grenzfelder Jacob-Erkrankungen in Grossbritannien und weiterer Fälle von Rinderwahnsinn im frankoreich sind die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Etikettierungspflicht für Rindfleisch ab dem 1. September zu übernehmen. Der an der Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium Martin Wille zeigte sich zuversichtlich, dass die Rindfleischverordnung beschlossen wird. Die Kommission wird die akzeptierten Modalitäten für die Umsetzung der Verordnung im Juli 2001 festlegen. Die Kommission wird die Umsetzung der Verordnung im Juli 2001 festlegen. Die Kommission wird die Umsetzung der Verordnung im Juli 2001 festlegen.